

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Belegpreis: bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Pf., im Monat, bei Zahlung durch die Boten 2,30 Pf., bei Postbestellung 3 Pf. 50. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis: 10 Pf. pro Quartal. Fernsprecher: Nr. 6.

Einzelpreis: die 8 Spalten Stammsatz 20 Pf., die 4 Spalten Satz der amtlichen Bekanntmachungen 10 Pf., die 2 Spalten Stammsatz 10 Pf., die 4 Spalten Satz der amtlichen Bekanntmachungen 5 Pf. 50. Fernsprecher: Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostock behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 220. — 86. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff, Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 20. September 1927

Steuervereinigung?

Als der jetzige Reichsfinanzminister sein Amt antrat, hat er es als eine der Hauptaufgaben der neuen Regierung bezeichnet, durch Vereinheitlichung und Vereinfachung der gesamten deutschen Steuergesetzgebung in Reich, Ländern und Kommunen zu einer Steuerherabsetzung zu gelangen. Also nicht etwa eine bloße Herabsetzung gewisser Steuerfüße, wie dies z. B. bei der Umsatzsteuer im Jahre 1926 erfolgt ist, sondern Minderung des Steuerdrucks durch Schaffung größerer Klarheit im ganzen System.

Dieser Weg ist während der letzten Monate auch schon zum Teil zurückgelegt worden, indem zuerst einmal das finanzielle Verhältnis zwischen dem Reich auf der einen, den Ländern und Gemeinden auf der anderen Seite durch das Finanzausgleichsgesetz fest geregelt wurde. Die zweite Etappe ist das Steuervereinfachungsgesetz, über dessen Ziele sich der Reichsfinanzminister in einer köhler Rede am vergangenen Sonntag eingehend äußerte. Die darin angeführte Vereinheitlichung bezieht sich auf den großen Wirrsal der Realsteuern, die ja den Ländern und Gemeinden zustehen, auf die Grund- und Gewerbesteuern also, die wegen der außerordentlichen Verschärftheit in Höhe und Veranlagungs-verfahren seit langem mit Recht Gegenstand scharfster Angriffe waren und sind. Hier soll nicht bloß ein Wandel geschaffen werden, sondern die Reichsregierung will dadurch „in absehbarer Zeit eine allmähliche und beträchtliche Senkung der Realsteuern erreichen“, ein Ziel, das tatsächlich auch erreicht werden könne.

Viele Gemeinden befreiten diese Möglichkeit, weil die Aufgaben und damit auch die Ausgaben gerade der Kommunen ungeheuer angewachsen seien, der Finanzbedarf noch immer steige. Das gibt Dr. Köhler zu, verweist aber mahnend darauf, daß die deutsche Gesamtsteuerbelastung das äußerste Maß erreiche, andererseits im Haushalt der Gemeinden noch manches gespart werden könne.

Verwaltungsreform — auch diese Frage, diese Notwendigkeit ließ der Reichsfinanzminister nicht unberührt. Steuervereinfachung ist auch ein Weg zu ihr, und zwar gilt das ebenso für das Reich wie für die Länder und Gemeinden, denen dadurch die Selbstverwaltung keineswegs eingeengt werden soll. Denn die Methode der Steuervereinfachung soll keine Eingreifung in neue Formen darstellen, sondern die wirtschaftlichen, sozialen und sonstigen Verhältnisse berücksichtigen. Das Wert von damals, das Wert eines Miquel nämlich, muß ergänzt werden durch eine gleichartige Reform der immer unzeitgemäßer werdenden Realsteuern, an denen vorläufig trotzdem festsubstantielles Deutschland durch seine ganze finanziellen Entwicklung gezwungen zu sein scheint. Und genau wie anfangs der neunziger Jahre die klare Vereinheitlichung und Vereinfachung des preussischen Steuersystems zu einer Steuerherabsetzung und gerechteren Verteilung des Steuerdrucks geführt hat, so kann dieses jetzt auf ähnlichem Wege auch auf dem Gebiet der Realsteuern erreicht werden. Die wahre Finanzreform schafft eine gute finanzielle Lage durch Minderung der Ausgaben und nicht durch ein immer erneutes Anziehen der Steuerdräube zwecks Häufung der Einnahmen. Hoffentlich geht man diesen Weg recht schnell vorwärts!

Sturmflug Dr. Köhlers.

Die Ausführungen des Reichsfinanzministers Dr. Köhler über die wichtige Frage der Steuervereinfachung und die beabsichtigte Steuerentlastung wurden anlässlich der Jahresversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der Deutschen Zentrumspartei gemacht. Dr. Köhler hat die Rede nach Köln im Flugzeug unternommen, das mit einem schweren Sturm zu kämpfen hatte. Das Flugzeug mußte eine Notlandung in Hannover vornehmen. In seiner Rede kam der Reichsfinanzminister auch auf die Deamentenscheidungsreform zu sprechen. Diese Reform, so sagte der Minister, die nach langjährigen Beratungen im Reichskabinett nunmehr einstimmig angenommen wurde, sei eine notwendige und soziale Reform. Besonders verwahrte sich der Minister gegen die Behauptungen, die Beherrschung, die die Beamtengehältererhöhung bringt, durch Preissteigerungen auf dem Bedarfsmarkt wieder wettzumachen. Die Reichsregierung werde dies unter keinen Umständen zulassen.

Wir brauchen mehr Milch!

Forderung eines Reichsmilchgesetzes. In Saarbrücken tagte der Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege. Einen Hauptgegenstand der Diskussion bildete die heutige Milchherstellung, die vom volkswirtschaftlichen wie vom hygienischen Standpunkt aus sich noch eine scharfe Kritik gefallen lassen muß. Deutschland besitzt heute rund zehn Millionen Milchkuhe, von denen die meisten nicht mehr als 2000 Liter im Jahre geben. Es läßt sich aber, wie oftmals nachgewiesen ist, bei fast allen Rassen eine Ertragsfähigkeit von 3000 Liter erzielen. Infolge des jetzt bestehenden Mantos müssen jährlich für 500 Millionen Mark Milchprodukte in Deutschland eingeführt werden. Die Quali-

Das Echo der Hindenburgrede

Nachklänge zur Tannenbergfeier.

Rückfahrt des Reichspräsidenten. Von Allenstein kommend, traf der Reichspräsident auf der Rückfahrt von der Einweihung des Tannenbergdenkmals mit dem fahrplanmäßigen Zuge in Königsberg ein. Im gleichen Zuge befanden sich Reichskanzler Dr. Marx und Reichsinnenminister Dr. von Keudell. Auf dem Bahnhof hatten sich zum Empfang Oberpräsident Siehr, Regierungspräsident Dr. von Bahrfeldt und Oberbürgermeister Lohmeyer eingefunden. Dr. Marx und Dr. von Keudell verabschiedeten sich im Salonwagen vom Reichspräsidenten, der nach Pillau weiterfuhr, um sich dort auf den Kreuzer „Berlin“ zu begeben, der ihn nach Swinemünde brachte, von wo die Rückreise nach Berlin erfolgt. Marx und Keudell blieben in Königsberg zur Teilnahme an einer feierlichen Veranstaltung. Dem Reichspräsidenten wurden Blumen in den Wagen gerichtet und das auf dem Bahnhof versammelte Publikum brachte ihm bei der Weiterfahrt herzliche Kundgebungen dar.

Der bayerische Ministerpräsident hat an den Tannenberg-Rationalabendmalverein folgendes Telegramm gerichtet: Die bayerische Staatsregierung nimmt an der großen vaterländischen Feier zum Gedenken der Schlacht bei Tannenberg begeisterten Anteil. Möge das deutsche Nationaldenkmal im Osten wie das am Niederwald das deutsche Volk allezeit an die Selbstenntlichkeit und die Opferfreudigkeit der Völker mahnen und beitragen zur Erhaltung der deutschen Einheit, deutschen Lebensmutes und deutscher Willenskraft.

Der badische Staatspräsident hat an die gleiche Adresse folgendes Glückwunschtelegramm übersandt: „Am Tage der Einweihung des Denkmals zur Erinnerung an die Schlacht von Tannenberg gedenken auch das badische Volk und die badische Staatsregierung dankbar seiner ruhmwürdigen Tat zur Rettung Ostpreußens aus Feindsnot. Möge das Tannenberg-Rationalabendmal hierfür ein spätes Mahn- und Wahrzeichen für Ewigkeit und Opfergeist auch für kommende Geschlechter sein.“

Einvernehmen mit Marx und Stresemann.

Hindenburgs Worte bei der Denkmalseinweihung, die entschiedene Zurückweisung der Vorwürfe, daß Deutschland schuld am Kriege gewesen sei, und das vom Reichspräsidenten ausgesprochene Angebot, daß Deutschland jederzeit bereit sei, dies vor unparteiischen Richtern nachzuweisen, haben natürlich in aller Welt große Beachtung gefunden.

Um etwaigen Legendenbildungen vorzubeugen, wird in Berlin von zuständiger Seite erklärt, daß die konstitutionelle Stellung des Reichspräsidenten selbstverständlich über jeden Zweifel erhaben sei und an den Anforderungen des Reichspräsidenten alle in Frage kommenden Inznanzen beteiligt gewesen seien. Die Ansprache Hindenburgs habe, ehe sie gehalten wurde, den Verantwortlichen Regierungskreisen, dem Reichskanzler und dem Außenminister, vorgelesen. Weder Marx noch Stresemann haben gegen sie Einwände erhoben. Halbamtlich wird weiter betont, daß die Ansprache nicht etwa den Anlaß zu einer Regierungskritik in der Reichstagsfrage bilden sollte. Eine solche Aktion ist nicht beabsichtigt.

Widerhall in der deutschen Presse.

Von den rechtsstehenden Blättern sagt der Berliner Lokalanzeiger, eine solche feierliche Erklärung aus Hindenburgs Munde, abgegeben im Namen der gefallenen und der noch lebenden Kameraden aus dem großen Weltkrieg, sei ein ungleich höheres Dokument als eine offizielle Rede dieser oder jener Regierung, der ja bei uns zulande neuerdings leider stets ein mehr oder weniger einseitiger Parteistempel aufgedrückt ist, während der Reichspräsident jedem Parteistreit weit entrückt sei. — Die Tägliche Rundschau schreibt, man habe die Erklärung des Reichspräsidenten schuldlos er-

wartet. Wie alle die Tausende deutscher Männer und Frauen, die Hindenburg am Sonntag zuhören durften, seine Worte als eine Befreiung empfanden, so würden sie von allen Bürgern und Reichsgenossen im deutschen Volk, von allen, in deren Seele die Schmach der Kriegsschuldfrage brennt, als eine Befreiung empfunden werden. — Die Kreuzzeitung stand, die lapidaren und kraftvollen Worte des deutschen Reichspräsidenten zur Kriegsschuldfrage und seine Zurückweisung der Kriegsschuldfrage hätten in allen deutschen Herzen ein lebhaftes Echo finden sollen. — Die Deutsche Tageszeitung befand, wie eine Erlösung von schwerem Druck hätten die breitesten Schichten des deutschen Volkes den feierlichen Widerruf der Kriegsschuldfrage durch den geliebten und verehrten Reichspräsidenten empfunden. Als Wahrzeichen stehen diese ehrenvollen Worte, an denen es kein Deutsch mehr gebe, nun neben dem gewaltigen Tannenbergdenkmal.

Von Links anfert die Monatsausgabe der Sozialistischen Zeitung, was Hindenburg gesagt habe, sei nur eine Wiederholung dessen, was deutsche Regierungen schon zweimal den ausländischen Regierungen zur Kenntnis gebracht hätten. Welche Male habe die Reichsregierung sich eine diplomatische Schlappe zuzuziehen. Die Frage, wer den Reichspräsidenten, dessen jeder Wille über jeden Zweifel erhaben ist, hier betonen habe, müsse beantwortet werden. Die Verantwortung trage die Reichsregierung. — Das Berliner Tageblatt sagt, wenn Hindenburg gemeint habe, das deutsche Volk sei schuldlos, so treffe das, von Maßnahmen abgesehen, in vollem Maße zu. Das Blatt fährt dann einige der von ihm gemeinten Maßnahmen an und fährt fort, wenn man nicht nur jede Kleinigkeit, nicht nur planlose Kriegsvorbereitung, nicht nur die Willkür der Verfallter Tische bestrafe, so finde man selbstverständlich besonders harten Befehl bei denjenigen — bei den Russen nämlich —, die sich in folgendem Maße mit reinwahnsinnigen Gedanken, nachdem sie früher so sehr für das Stahlband des Krieges gewesen seien. — Der sozialdemokratische Vorwärts ist der Meinung, daß der Weltkrieg nicht von den damaligen Machthabern Deutschlands bewußt und absichtlich herbeigeführt worden sei, wisse heute alle Welt. Sie wisse aber auch, daß damals an allen Höfen und politischen Kreisen Europas — von Wien anfangen — feindlich und kampflos mit dem Schicksal der Völker gespielt wurde, bis man, wie Herr von Tirpitz sagte, in den Krieg „hineinschüßerte“. Die Welt werde auf den Appell des Reichsoberhauptes mit einem Achselzucken antworten.

Das Ausland.

In England beschäftigen sich die Zeitungen ebenfalls stark mit der Hindenburg-Rede. Die Worte des Präsidenten können aufgefaßt werden auch als Antwort Deutschlands auf gewisse neuerliche Kundgebungen in Frankreich und Belgien und als Ergänzung zu Stresemanns Rede vor der Presse in Genf. Hindenburg sei einen Schritt weitergegangen als die bisherigen deutschen Redner, die nur bestritten hätten, daß Deutschland „schuldig“ für den Krieg verantwortlich gewesen sei. Ein französisches Blatt spricht die Ansicht aus, daß solche politik-mitrischen Kundgebungen, wie man sie auch in Frankreich erlebt, zehn Jahre nach dem Waffenstillstand mehr als überflüssig seien. In beiden Ländern sei anders zu sagen und zu tun. Und ein anderes Blatt meint an, daß es vielleicht gut war, daß die Ansprache von Tannenberg erneut offiziell die Sprache Deutschlands zu Wehr gebracht habe. In Amerika sind ähnliche Berichte über die Rede Hindenburgs unparteiisch gehalten. Die Mehrzahl der Wähler betont jedoch, daß Hindenburgs Worte über die Kriegsschuld ganz in der Richtung einer Einigung des deutschen Volkes lägen, da in dieser Frage alle Deutschen einig seien.

Poincarés Erinnerungrede.

Auf einem von der französischen Regierung zu Ehren der sog. „Amerikanischen Legion“, die jetzt einen Besuch in Frankreich macht, gegebenen Bankett nahm Ministerpräsident Poincaré das Wort. Die Legion setzt sich aus ehemaligen Angehörigen der amerikanischen Truppenteile zusammen, die im Kriege an der Seite der Alliierten kämpften.

Poincaré hob den Anteil hervor, den das amerikanische Heer am Kriege genommen habe, wärmte mancherlei Anwürfe gegen Deutschland aus der Vergangenheit auf und behauptete, die Amerikaner hätten sich sicher nicht eingemischt, wenn sie nicht England, Frankreich, Belgien, Italien und die anderen Alliierten als die Verteidiger einer gerechten Sache angesehen und wenn sie es nicht für ihre Pflicht gehalten hätten, an ihrer Seite für das Heil der Freiheit der Völker zu kämpfen. Dieser Krieg habe viel Schaden angerichtet, fuhr Herr Poincaré fort, aber er habe der Welt eine große moralische Notwendigkeit vor Augen geführt, nämlich die, die notwendige Einigung unter den Menschen zu vervollständigen, damit sich ein solches Übel niemals wieder ereigne.

Wenn Herr Poincaré in der Art wie bisher weiterarbeiten wird, wird die von ihm angeblüh gewinnste Einigung allerdings noch erhebliche Zeit auf sich warten lassen.

Gegen den Angriffskrieg.

Für beschleunigte Abrüstungsberatungen. Zur Abrüstungsausschuss des Völkerbundes wurde der polnische Antrag zur Verurteilung des Angriffskrieges nach kurzer Aussprache auf Vorschlag des Grafen Bernstorff sowie der Vertreter Frankreichs, Italiens, Finnlands und anderer Staaten durch einstimmige Abstimmung

01 015
02 021
03 027
04 033
05 039
06 045
07 051
08 057
09 063
10 069
11 075
12 081
13 087
14 093
15 099
16 105
17 111
18 117
19 123
20 129
21 135
22 141
23 147
24 153
25 159
26 165
27 171
28 177
29 183
30 189
31 195
32 201
33 207
34 213
35 219
36 225
37 231
38 237
39 243
40 249
41 255
42 261
43 267
44 273
45 279
46 285
47 291
48 297
49 303
50 309
51 315
52 321
53 327
54 333
55 339
56 345
57 351
58 357
59 363
60 369
61 375
62 381
63 387
64 393
65 399
66 405
67 411
68 417
69 423
70 429
71 435
72 441
73 447
74 453
75 459
76 465
77 471
78 477
79 483
80 489
81 495
82 501
83 507
84 513
85 519
86 525
87 531
88 537
89 543
90 549
91 555
92 561
93 567
94 573
95 579
96 585
97 591
98 597
99 603
100 609